

**MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Postfach 10 14 53 70013 Stuttgart
E-Mail: poststelle@mfw.bwl.de
FAX: 0711 123-2100

Präsidenten des Landtags
von Baden-Württemberg
Herrn Guido Wolf MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Stuttgart 18. Dezember 2012
Name Dirk Abel
Telefon 0711 123-2186
Aktenzeichen 61-130/91/2
(Bitte bei Antwort angeben)

nachrichtlich – ohne Anlagen –

Staatsministerium

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren

Ministerium für Integration

**Antrag der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU
- Arbeitsmigration in der Europäischen Union
- Drucksache 15/2577**

Ihr Schreiben vom 29.10.2012

Anlagen

1

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft nimmt zu dem oben genannten Antrag wie folgt Stellung:

- 1. inwiefern ihr bekannt ist, wie viel Prozent der EU-Bürger das Recht auf Freizügigkeit wahrnehmen und in einem anderen EU-Mitgliedsstaat arbeiten;*

Zu 1.:

Der Anteil der EU-Bürgerinnen und Bürger, die in einem anderen EU-Land arbeiten, betrug 2 Prozent im Jahr 2011. Im Jahr 2007 lag dieser Anteil bei 1,7 Prozent (Quelle Eurostat).

2. inwiefern ihr bekannt ist, wie sich die Arbeitsmigration von EU-Bürgern in den Euro-Ländern seit der Einführung der gemeinsamen Währung entwickelt hat und wie sich die Arbeitsmigration von EU-Bürgern innerhalb der Europäischen Union aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten derzeit darstellt;

Zu 2.:

Siehe hierzu Anlage 1.

3. wie viele nichtdeutsche EU-Bürger in Baden-Württemberg arbeiten und wie sich deren Anzahl in den letzten zehn Jahren entwickelt hat;

Zu 3.:

Im Jahr 2007 waren in Baden-Württemberg 377.000 Personen mit Migrationshintergrund aus der EU-27 erwerbstätig. 2011 waren es 484.000 Personen (Quelle Mikrozensus).

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird für die EU-27 erst seit 2007 statistisch erhoben, daher ist ein 10-Jahres-Vergleich nicht möglich.

4. wie sie die Arbeitsmigration in der Europäischen Union aus ihrer Sicht bewertet und ob sie es als sinnvoll erachtet, die Arbeitsmigration innerhalb der Europäischen Union zu befördern;

Zu 4.:

Die aus den Ziffern 1 bis 3 hervorgehende Zunahme der EU-Arbeitsmigration sowie die Arbeitnehmerfreizügigkeit an sich sind wichtige Aspekte des Zusammenwach-

sens in Europa. Nach Auffassung der Landesregierung ist es sinnvoll, die Arbeitsmigration innerhalb der Europäischen Union vornehmlich im Bereich der Fachkräfte weiter zu befördern. Sie sieht darin neben der Chance, das Zusammenwachsen Europas voranzutreiben, vor allem auch eine Möglichkeit, Angebot und Nachfrage auf dem europäischen Arbeitsmarkt künftig besser in Einklang zu bringen.

5. *welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen das Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Baden-Württemberg hat;*

Zu 5.:

Wirtschaftliche Auswirkungen ergeben sich grundsätzlich in Form eines potenziell größeren Arbeitskräfteangebots. Für baden-württembergische Arbeitgeber bedeutet dies die Chance, offene Stellen rascher mit zugezogenen Arbeitskräften besetzen zu können. Hierbei müssen allerdings die Möglichkeiten von großen sowie kleinen und mittleren Unternehmen differenziert betrachtet werden.

Bleiben vakante Fachkräftestellen unbesetzt, so besteht die Gefahr, dass Unternehmen Aufträge nicht in dem Maße annehmen und abarbeiten können, wie es die Marktnachfrage prinzipiell zuließe. Auch die Innovationstätigkeit kann dadurch gebremst werden. Dies verursacht gesamtwirtschaftliche Kosten, weil Wertschöpfungs-, Wachstums- und Beschäftigungspotenziale ungenutzt bleiben.

Positiv ist außerdem, dass umgekehrt zur Arbeitsimmigration nach Deutschland, neue Emigrationsbewegungen aus Deutschland entstehen. Die Zahl der deutschen Arbeitsemigranten lag in der Vergangenheit bei rund 60.000 Personen pro Jahr. Deutsche Facharbeiter werden im Ausland nicht zuletzt wegen des dualen Ausbildungssystems geschätzt und bekommen oft gute Arbeitsmöglichkeiten geboten.

Den Arbeitnehmern in Baden-Württemberg eröffnet die Arbeitnehmerfreizügigkeit grundsätzlich größere Entwicklungschancen. Es bestehen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Gelegenheiten der beruflichen Qualifizierung und damit verbunden bessere Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung.

Gesellschaftliche Auswirkungen ergeben sich insbesondere im Hinblick auf die Integrationsverantwortung der Arbeitgeber. Eine gute Integration der ausländischen Fachkraft verbunden mit einem längeren Verbleib gelingt vor allem dann, wenn auch von Arbeitgeberseite bei Aspekten wie Deutschkurs, Wohnungssuche, Familiennachzug, Vereinsintegration, Anmeldeformalitäten u.ä. eine maßgebliche Unterstützung erfolgt. Ein weiterer Aspekt ist die Verantwortung der Arbeitgeber für die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften.

6. *inwieweit nach ihrer Erkenntnis durch zusätzliche Arbeitsmigration innerhalb der Europäischen Union der in einigen EU-Staaten vorherrschenden hohen Arbeitslosigkeit einerseits und des in Deutschland bzw. Baden-Württemberg zunehmend anzutreffenden Fachkräftemangels andererseits begegnet werden kann;*

Zu 6.:

Die Landesregierung geht davon aus, dass eine zusätzliche Arbeitsmigration innerhalb der Europäischen Union einen Beitrag zur Reduzierung dieser Probleme leisten kann. Eine nachhaltige Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit bedingt allerdings vorwiegend strukturelle Reformen in den betroffenen Mitgliedstaaten sowie institutionelle Reformen auf europäischer Ebene.

Um dem zunehmend anzutreffenden Fachkräftemangel in Baden-Württemberg nachhaltig zu begegnen, ist vor allem auch eine noch stärkere Aktivierung des inländischen Erwerbspersonenpotenzials notwendig. Entsprechend setzt die Landesregierung gemeinsam mit ihren Partnern im Rahmen der Allianz für Fachkräfte auf einen Mix verschiedener Maßnahmen, wozu ergänzend die Zuwanderung zählt.

7. *inwiefern ihr bekannt ist, welche Faktoren die Arbeitsmigration von EU-Bürgern begrenzen und die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Mobilität reduzieren;*

Zu 7.:

Begrenzende Faktoren sind u.a.:

- sprachliche Defizite
- Bildungsgrad
- Einkommen

- uneinheitliche soziale Sicherungssysteme
- kulturelle Vorbehalte
- Familie
- Unsicherheit über rechtliche Rahmenbedingungen (Wertigkeit Bildungsabschluss, Arbeitsvertrag, Steuern etc.)

8. *inwiefern ihr bekannt ist, welche Anreize die Arbeitsmigration von EU-Bürgern fördern und welche weiteren Maßnahmen und Programme aus ihrer Sicht die Arbeitsmigration von EU-Bürgern positiv beeinflussen könnten.*

Zu 8.:

Anreize, die die unter Ziffer 8 genannten begrenzenden Faktoren abbauen, sind geeignet, die Arbeitsmigration von EU-Bürgern zu fördern. Dem wird u.a. durch folgende Maßnahmen und Programme Rechnung getragen:

- Die Europäische Union skizziert in ihrem Bericht über die Unionsbürgerschaft 2010 „Weniger Hindernisse für die Ausübung von Unionsbürgerrechten“ (KOM(2010) 603 vom 27.10.2010) 25 konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse. Dabei kündigte die Kommission an, dass sie ihre Informationsmaßnahmen verstärken wird, um die Bürgerinnen und Bürger besser über ihre Rechte im Allgemeinen und insbesondere über ihr Recht auf Freizügigkeit aufzuklären.

Eine der im genannten Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Ausrufung des Jahres 2013 zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“. Im Jahr 2013 sollen gezielte Veranstaltungen zur Unionsbürgerschaft und zu politischen Maßnahmen der EU, die die Bürgerinnen und Bürger betreffen, durchgeführt werden. Dieses „Europäische Jahr“ steht im Einklang mit der Strategie Europa 2020, zumal die Erleichterung der Freizügigkeit und der Arbeitskräftemobilität zu den Kernzielen der Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“ und „Eine Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ (KOM(2010) 477, bzw. KOM(2010) 682) zählt.

- Die Europäische Kommission für Beschäftigung, Soziales und Integration hat das Pilotprojekt "Dein erster EURES-Job" gestartet. Finanziell gefördert werden

kleine und mittlere Unternehmen sowie junge Arbeitssuchende, die im europäischen Ausland Personal bzw. einen Job suchen.

- Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV) berät und unterstützt Arbeitgeber in Bezug auf die inhaltliche Gestaltung von Stellenangeboten sowie dem Arbeitserlaubnisrecht. Es gehört außerdem zu den Aufgaben der ZAV, hochqualifizierte Bewerberinnen und Bewerber im Ausland in Zusammenarbeit mit EURES-Partnern zu rekrutieren und Stellenangebote deutscher Arbeitgeber europaweit zu veröffentlichen, Arbeitgeber bei Jobbörsen und Recruitingveranstaltungen im Ausland zu unterstützen und Auswahlgespräche mit ausländischen Fachkräften zu organisieren (siehe hierzu auch Landtags-Drucksache 15/327).
- Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales plant für Januar 2013 gemeinsam mit der ZAV den Start eines Sonderprogramms, das ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus EU-Staaten eine berufliche Perspektive in Deutschland bieten soll. Das Programm soll sich in zwei Phasen gliedern: Zunächst sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihrem Herkunftsland in Orientierungs- und Sprachkursen auf eine Ausbildung bzw. Tätigkeit in Deutschland vorbereitet werden. In einem zweiten Schritt sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf entsprechende freie Plätze vermittelt werden. Um die Sprachbarriere dauerhaft zu überwinden, können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch nach der Vermittlung weiterhin Sprachkurse besuchen. Für das auf zwei Jahre ausgelegte Programm stehen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales bis zu 40 Millionen Euro zur Verfügung.
- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fördert die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Gefördert wird die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen.
- Das Land fördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen transnationaler Kooperationen vier Modellprojekte zur beruflichen Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund. In den Projekten werden Methoden der Arbeitsmarktintegration erprobt und Erfahrungen mit Partnern in Italien, Irland, Frankreich und Polen ausgetauscht, um gemeinsame transferfähige Konzepte zu entwickeln.

- Zusätzlich werden im Rahmen der Allianz für Fachkräfte folgende Maßnahmen zur Förderung einer Willkommenskultur umgesetzt:
 - Am 1. April 2012 ist das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ (sog. Bundesanerkennungsgesetz) in Kraft getreten. Es beinhaltet für bundesrechtlich geregelte Berufe einen Anspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen. Für auf Landesebene geregelte Berufe ist ein Landesanererkennungsgesetz erforderlich. Das Integrationsministerium erarbeitet derzeit gemeinsam mit den betroffenen Fachressorts einen Referentenentwurf. In diesem Zusammenhang spielt auch die Anerkennungsberatung eine zentrale Rolle. Damit in Baden-Württemberg flächendeckend Beratung angeboten und genutzt werden kann, werden aus Mitteln des Integrationsministeriums, neben den vom Bund geförderten Beratungszentren des IQ Netzwerks in Mannheim und Stuttgart, zwei weitere Beratungszentren in Ulm und Freiburg finanziert.
 - Ausländische Absolventinnen und Absolventen baden-württembergischer Hochschulen sollen künftig ungleich stärker als bisher für den Fachkräften Standort Baden-Württemberg gewonnen werden. Bisher verlassen 75 % der ausländischen Studierende, Absolventinnen, Absolventen nach ihrem Abschluss wieder Deutschland. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft führt gemeinsam mit den Allianzpartnern eine Willkommenskampagne an den Hochschulen des Landes durch, die den ausländischen Studierenden und Absolventen ein gezieltes Informationsangebot über Leben und Arbeiten in Baden-Württemberg bietet. Um nachhaltig zu arbeiten, wurde ein ständiges Kontaktforum zu den Studierenden eingerichtet.
 - In den Regionen von Baden-Württemberg laufen bei Industrie- und Handelskammern / Auslandshandelskammern, Handwerkskammern, Wirtschaftsförderungen, Kommunen, Hochschulen, Gesundheitseinrichtungen etc. zahlreiche Projekte und Initiativen, die auf die Gewinnung von EU-Bürgern für den hiesigen Arbeitsmarkt abzielen. Diese Projekte betreffen bisher vor allem Ingenieure und Pflegekräfte. Aus Landesmitteln wurden zum Beispiel zwei Projekte zur Gewinnung spanischer Ingenieure in den Regionen Stuttgart und Schwarzwald-Baar-Heuberg unterstützt. Das Mi-

nisterium für Finanzen und Wirtschaft wird zu diesen Zuwanderungsprojekten einen Erfahrungsaustausch initiieren, um eine weitere Verfahrensoptimierung zu erreichen. Auf dieser Basis wird ein Leitfaden entwickelt.

- Mit career-in-bw (www.career-in-bw.de) unterstützt das Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft e.V. Unternehmen bei der Rekrutierung, Auswahl und Einstellung europäischer Fachkräfte. Für den gesamten Prozess der Personalgewinnung kann hier ein breit gefächertes Angebot an Unterstützungsleistungen abgerufen werden. Das Dienstleistungsspektrum reicht von der Analyse des Firmenbedarfs und der Strategieplanung über die Rekrutierung und Auswahl der Fachkräfte bis hin zur Einstellung und Bindung. Ziel ist ein reibungsloser Einstieg und die langfristige Bindung der neuen Fachkräfte. Career-in-bw ist europäisch vernetzt und bietet den Unternehmen den direkten Zugang zu Fachkräften aus unterschiedlichen Wirtschaftszweigen und Branchen.

Die Antwort ist mit dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren sowie mit dem Ministerium für Integration abgestimmt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Nils Schmid MdL
Minister für Finanzen und Wirtschaft

Anlage 1

Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Landes aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaaten in 1.000 (Quelle Eurostat):

GEO	Belgien		
	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
TIME/CITIZEN			
2002	:	:	229,6
2003	:	:	203,7
2004	:	:	229,7
2005	240,0	236,1	227,6
2006	248,8	244,6	236,0
2007	261,6	253,9	239,5
2008	271,4	263,0	244,0
2009	275,4	263,0	241,9
2010	293,6	274,4	245,4
2011	297,6	271,8	242,5

GEO	Bulgarien		
	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
TIME/CITIZEN			
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	:	:	:
2006	:	:	:
2007	:	:	:
2008	:	:	:
2009	:	:	:
2010	:	:	:
2011	:	:	:

GEO	Tschechische Republik		
	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
TIME/CITIZEN			
2002	:	:	3,1
2003	:	:	4,4
2004	:	:	3,6
2005	19,0	18,4	2,3
2006	22,8	22,0	4,8
2007	28,8	27,8	4,4
2008	30,8	29,1	4,0
2009	40,1	37,4	5,7
2010	36,3	35,5	5,4
2011	35,6	33,3	6,1

GEO

Dänemark

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	27,9
2003	:	:	26,9
2004	:	:	24,7
2005	32,7	31,2	28,4
2006	33,5	31,7	27,6
2007	49,8	48,1	40,2
2008	49,1	47,1	40,5
2009	58,3	56,0	45,3
2010	62,8	58,9	46,4
2011	69,2	64,1	49,8

GEO

Deutschland

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	1.015,8
2003	:	:	993,2
2004	:	:	982,9
2005	1.274,2	1.227,1	1.015,3
2006	1.302,4	1.241,1	1.013,2
2007	1.354,9	1.290,9	1.031,6
2008	1.395,6	1.324,9	1.042,6
2009	1.398,7	1.324,6	1.013,2
2010	1.394,9	1.317,3	1.008,4
2011	1.508,3	1.411,9	1.052,3

GEO

Estland

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	:	:	:
2006	:	:	:
2007	:	:	:
2008	:	:	:
2009	:	:	:
2010	:	:	:
2011	:	:	:

GEO

Irland

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	56,4
2003	:	:	62,2
2004	:	:	62,6
2005	:	:	:
2006	197,1	192,1	84,5
2007	232,5	223,4	74,1
2008	251,8	241,3	88,3
2009	199,0	191,8	77,2
2010	168,8	162,3	58,5
2011	159,6	154,0	51,5

GEO

Griechenland

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	5,7
2003	:	:	7,3
2004	:	:	7,9
2005	56,6	24,8	10,8
2006	56,8	23,7	10,0
2007	57,9	21,8	9,4
2008	64,5	25,6	10,6
2009	76,5	25,6	11,0
2010	73,7	22,2	11,5
2011	70,4	19,7	10,4

GEO

Spanien

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	174,6
2003	:	:	175,2
2004	:	:	214,8
2005	594,9	271,2	230,2
2006	716,4	298,0	263,9
2007	815,1	334,0	288,3
2008	865,8	339,5	284,3
2009	821,0	336,7	290,0
2010	811,0	368,0	321,2
2011	759,0	344,2	302,5

GEO		Frankreich	
TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	573,4
2003	:	:	507,9
2004	:	:	582,3
2005	518,3	512,6	495,1
2006	558,7	550,8	534,9
2007	573,8	555,9	540,4
2008	574,3	546,8	530,8
2009	553,4	535,8	515,3
2010	602,0	570,1	539,6
2011	629,8	589,3	558,1

GEO		Italien	
TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	250,8	90,8	63,2
2006	316,6	110,6	65,5
2007	337,7	99,9	55,7
2008	477,9	118,8	63,4
2009	598,3	127,8	65,1
2010	696,3	146,5	69,4
2011	738,5	150,6	69,4

GEO		Zypern	
TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	12,4
2003	:	:	15,4
2004	:	:	18,6
2005	23,1	19,5	18,6
2006	24,5	20,5	19,5
2007	26,4	20,7	19,3
2008	34,7	24,3	21,9
2009	38,3	24,5	22,0
2010	46,3	25,2	21,3
2011	48,1	25,4	21,5

GEO

Lettland

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	:	:	:
2006	:	:	:
2007	:	:	:
2008	:	:	:
2009	2,3	2,3	:
2010	:	:	:
2011	:	:	:

GEO

Litauen

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	:	:	:
2006	:	:	:
2007	:	:	:
2008	:	:	:
2009	:	:	:
2010	:	:	:
2011	:	:	:

GEO

Luxemburg

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	71,3
2003	:	:	75,7
2004	:	:	75,1
2005	80,4	80,3	79,8
2006	82,1	81,8	79,8
2007	89,4	89,1	86,6
2008	91,2	90,6	88,0
2009	95,8	95,1	92,6
2010	98,0	96,9	94,2
2011	99,9	98,4	95,1

GEO

Ungarn

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	2,6
2003	:	:	2,6
2004	:	:	2,9
2005	19,0	5,6	3,6
2006	19,7	7,3	4,2
2007	19,5	6,3	2,6
2008	23,3	6,5	2,8
2009	24,4	6,5	2,8
2010	20,9	7,0	4,0
2011	21,5	6,8	3,8

GEO

Malta

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	:	:	:
2006	1,8	1,8	1,8
2007	1,6	1,6	1,6
2008	1,8	1,8	1,8
2009	1,8	1,8	1,8
2010	2,6	2,4	2,4
2011	1,9	1,9	1,9

GEO

Niederlande

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	123,9
2003	:	:	121,7
2004	:	:	121,5
2005	132,8	131,3	123,9
2006	139,5	137,1	128,1
2007	148,9	146,6	134,7
2008	148,3	145,0	132,3
2009	151,5	147,0	132,0
2010	140,5	133,1	115,2
2011	148,5	143,2	118,9

GEO

Österreich

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	52,5
2003	:	:	76,2
2004	:	:	65,3
2005	140,2	124,4	75,9
2006	145,9	134,7	86,3
2007	157,0	145,8	91,8
2008	169,6	155,1	98,6
2009	174,7	152,2	101,4
2010	184,9	163,2	108,6
2011	201,3	172,2	114,4

GEO

Polen

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	6,5	6,5	5,8
2006	6,8	6,5	6,3
2007	8,3	8,0	6,6
2008	9,7	9,5	7,2
2009	6,3	5,9	:
2010	5,5	5,2	:
2011	8,6	7,5	6,2

GEO

Portugal

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	12,3
2003	:	:	14,5
2004	:	:	17,3
2005	29,4	20,8	20,4
2006	30,5	20,6	20,2
2007	32,3	20,2	19,0
2008	34,7	21,6	20,4
2009	29,2	19,2	18,3
2010	27,9	15,1	13,7
2011	27,0	16,2	14,5

GEO

Rumänien

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	:	:	:
2006	:	:	:
2007	:	:	:
2008	:	:	:
2009	:	:	:
2010	:	:	:
2011	:	:	:

GEO

Slowenien

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	:	:	:
2006	:	:	:
2007	:	:	:
2008	1,1	:	:
2009	:	:	:
2010	:	:	:
2011	:	:	:

GEO

Slowakei

TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	:
2003	:	:	:
2004	:	:	:
2005	:	:	:
2006	3,4	3,3	:
2007	:	:	:
2008	3,6	3,3	:
2009	3,4	3,3	:
2010	3,4	3,4	:
2011	2,9	2,8	:

GEO		Finnland	
TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	8,5
2003	:	:	8,8
2004	:	:	8,9
2005	14,8	14,2	8,3
2006	17,1	16,6	9,2
2007	19,1	18,7	10,0
2008	21,5	20,9	12,1
2009	20,1	19,7	10,2
2010	22,2	21,5	9,8
2011	24,7	23,9	10,1

GEO		Schweden	
TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	86,1
2003	:	:	88,9
2004	:	:	90,0
2005	112,2	111,0	99,6
2006	103,1	101,8	92,5
2007	101,6	100,8	90,1
2008	112,0	110,9	95,1
2009	120,0	118,4	99,6
2010	119,8	117,1	97,4
2011	115,9	111,5	89,9

GEO		Vereinigtes Königreich	
TIME/CITIZEN	EU-27-Länder ohne das Meldeland	EU-25-Länder ohne das Meldeland	EU-15-Länder ohne das Meldeland
2002	:	:	476,1
2003	:	:	497,4
2004	:	:	504,2
2005	671,5	651,7	492,4
2006	785,8	759,9	471,5
2007	981,5	953,9	516,6
2008	1.079,9	1.036,1	525,3
2009	1.091,6	1.031,5	525,7
2010	1.166,0	1.092,2	517,9
2011	1.319,8	1.232,8	563,9